

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis:  
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,  
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postlohn 2 Mk.  
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

## Bola-Dreyfus.

Die Erklärungen v. Bismarck's im deutschen Reichstag haben in Paris den Eindruck gemacht, den Jedermann voraussetzt: die Anhänger Dreyfus' erblicken darin den vollen Beweis der Unschuld des Deportierten, während die Regierungsorgane, wie „Leclair“, den Versicherungen von Bismarck's jede Glaubwürdigkeit absprechen. Trotzdem herrscht die Ueberzeugung, daß Bismarck's Tage gezählt sind und das neue Ministerium die Prozedur des Verurtheilten vornimmt. Bismarck's Freunde bemühen sich, den Grafen Münster zur persönlichen Zeugnisaussage im bevorstehenden Prozesse zu bewegen. Bismarck's erhielt Jola über zehnmalige Zustimmungsbefehle aus dem Innlande wie aus dem Auslande. Der Vorsitzende des Schwurgerichts wird zweifellos die Öffentlichkeit so weit als möglich beschränken.

Der Heeresauschuß beschloß einstimmig ein Tadelvotum gegen den Deputierten Reichard, weil er in seinem an den Kriegsminister gerichteten, den Prozeß Esterhazy betreffenden Briefe seine Eigenschaft als Mitglied des Heeresauschusses hervorgehoben hatte.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, fällt nach General Briand's mündlicher Aussage der Kriegsminister General Billot eine vernünftige Urtheil über den Dreyfus-Prozeß. Die „Audi-pendace“ bezeichnet die Erklärungen des Staatssekretärs v. Bismarck als einen Keim für die das Ministerium Meline und erklärt, Frankreich könne nur durch eine rasche Befestigung dieses Ministeriums wieder geordnete Zustände und die Achtung des Auslandes zurückgewinnen.

In Algerien scheint wieder Ruhe zu herrschen, dagegen scheitern in gefriger Nacht in Wlad die Antikseniten die Fensterhaken verschiedener Läden und versuchten zu plündern. Einer der Verführer derselben schloß seinen Revolver ab und verwundete einen Araber. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her.

## Cumultuarische Scenen

haben sich gestern auch in Brüssel am Eingange der Repräsentantenkammer und dann in der Sitzung selbst abgespielt. Der sozialistische Deputierte Demblon, welcher in der letzten Sitzung der Repräsentantenkammer ausgesprochen wurde, betrat, von einer Gruppe von Sozialisten umgeben, nachmittags 2 Uhr die große Vorhalle des Parlamentsgebäudes. Eine Abtheilung Soldaten bewachte den Eingang. Der kommandierende Offizier trat auf die Gruppe zu und verbot Demblon, auf Befehl des Kammerpräsidenten, den Sitzungssaal zu betreten. Demblon fügte sich dem Befehl, indem er rief: „Es lebe die Armee!“ „Es lebe die Republik!“ Mehrere sozialistische Deputierte erhoben indessen Einspruch dagegen. Die Menschenmenge, welche sich in der Vorhalle vor der Kammer angesammelt hatte, drängte vorwärts, und es entstand ein furchtbares Gekröse. Die Soldaten machten sich zum Eingreifen bereit. Zwischen Sozialisten und Antisozialisten wurden Schläge und Risse ausgetauscht und es kam zu unbeschreiblichen Scenen. Eine in der Nähe auf Posten befindliche Abtheilung Karabiniers und eine Brigade Polizeigendarmen eilten herbei, um mit bewaffneter Hand einzuschreiten. Schließlich wurde die Ruhe wiederhergestellt; eine Person wurde verhaftet.

Die Kammerungung war sehr erregt. Der Minister für öffentliche Arbeiten, de Brun, hielt Erklärungen ab über die vorläufige Untersuchung des Unglücksfalles, der sich vor Kurzem in einer Kohlengrube in Wasmes ereignet hat, und rief dadurch große Erregung bei den Sozialisten hervor. Der Minister erklärte, die Untersuchung werde vollkommen unparteiisch geführt werden. Der Sozialist Deshayes sprach über die Vorfälle, welche sich bei der Eröffnung der Sitzung zugezogen haben; er sagte, die Deputierten seien von den Truppen vergewaltigt worden, und forderte, daß eine Untersuchung angestellt werde, um festzustellen, von wem die Truppen ihre Befehle erhalten hätten. Es bricht ein unbeschreiblicher Tumult aus. Mehrere sozialistische Deputierte werden Ordnungsruf erteilt. Deshayes greift den Präsidenten lebhaft an, wobei von Neuem Tumult losbricht. Der Deputierte Boche reichte sofort das Verhalten des Präsidenten. Jurnement (Sog.) will wissen, wer den Truppen den Befehl erteilt habe, das Parlament aufzulösen. Der Direktor de Jonghe erwidert, die Quästur habe die Maßregel getroffen, um zu verhindern, daß die Menschenmenge in das Parlament einbringe. Neben fügt hinzu, er werde stets seine Pflicht gegen die Sozialisten thun. (Anhaltender Beifall auf der Sozialisten Seite.) (Anhaltender Beifall auf der Rechten, Widerspruch auf der Linken.) Der Sozialist Vanderveide schloß hierauf die statgehabten Zwischenfälle und sagt, die Sozialisten seien von den Truppen herumgestoßen worden, als Demblon sich entfernt hatte. Neben wirft dem Präsidenten vor, er sei ein „Mann der Gewalt“. Angesichts des nun entstehenden Tumults suspendiert der Präsident die Sitzung. Bei Wiederaufnahme derselben sucht der Präsident die am Freitag gegen Demblon getroffenen Maßregeln zu rechtfertigen. Vanderveide greift in

heftiger Weise die Quästoren an und beschuldigt die Rechte, sie wolle die Sozialisten mundtot machen, und verlangt genau zu erfahren, wer den Befehl zu den Gewaltthatigkeiten gegen die Sozialisten erteilt habe. Nach weiteren lärmenden Ausfritten erklärt Präsident Beaumont, er habe von Jurnement eine Tagesordnung erhalten, welche besage, die Kammer möge die vom Bureau getroffenen Maßregeln, da es nicht verstanden habe, den Mitgliedern der Kammer Achtung zu verschaffen. Diese Tagesordnung wird mit 86 gegen 29 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen abgelehnt.

## Aus dem Reich.

Die Frau Prinzessin Albrecht von Preußen wird sich vor ihrer Abreise nach San Remo zu einem Besuche bei ihrem Vater, dem Herzoge von Sachsen-Altenburg, begeben. Zum 12. Februar gebührt sich Prinz Albrecht ebenfalls nach Altenburg zu begeben, um seine Gemahlin von dort nach San Remo zu begleiten. — Der Gouverneur von Mex General der Artillerie von Froben wurde am vergangenen Sonntagabend vom Schläge getroffen, der ihn anfangs der Sprache beraubte. Inzwischen soll sich sein Befinden gebessert haben. — Die preussische Regierung beabsichtigt, wie die „Chemnitz-Zeitung“ mittheilt, über die Einrichtung, den Betrieb und die Beaufsichtigung der thierärztlichen Hausapotheken Vorschriften zu erlassen, um das bisher völlig unbeaufsichtigte Dispensiren der Thierärzte anderweitig zu regeln. Die Regierungspräsidenten sind aufgefordert worden, darüber geeignete Vorschläge zu machen. Dabei soll auch die Ertheilung der Genehmigung solcher Einrichtungen und die Handhabung der Aufsicht sowie die Frage erörtert werden, welche Argumente in einer thierärztlichen Hausapotheke für zulässig zu erachten sind. — Eine Verloosung von 2 Mark ist einem Lokomotivführer für die Verhütung eines drohenden Eisenbahnunglücks zu Theil geworden. Der Lokomotivführer botang befördert am 13. Dezember v. J. einen Güterzug von Falkenberg nach Leipzig. Zwischen den Stationen Dargau und Modersdorf bemerkte er, auf der Geleise stehend, einen Schienenbruch. Schnell entschlossen warf er der mehrere hundert Meter weiter arbeitenden Stopplokomotive einen Zettel mit seiner Wahrnehmung zu, worauf der gefahrdete Zug gestillt und die schadhafte Schiene ausgewechselt wurde. Diese Aufmerksamkeit des Lokomotivführers, die ein Unglück glücklich abwandte, ist der „Deutscher Eisenb.-Ztg.“ zufolge jetzt mit 2 Mark belohnt worden. — Ueber die Lübecker Staatslotterie gibt ein in der Sitzung der Bürgerschaft zu Lübeck verlesenes Staatsdekret näheren Aufschluß, besonders über den seitens des Finanzdepartements vollzogenen Vertrag, welcher die Genehmigung des Senats gefunden hat. Der Vertrag ist mit den Bankhäusern K. Behrens und Söhne und Garby und in Hamburg unter selbstständiger Bürgschaft der Norddeutschen Bank, also mit demjenigen Konfession, welchem seit langen Jahren der Betrieb der Hamburger Staatslotterie übertragen ist, abgeschlossen. Die Lotterie wird aber als ein selbstständiges Unternehmen unter Leitung eines in Lübeck wohnhaften Direktors betrieben werden. Die Lotterie wird über sechs Klassen vertheilt. In jedem Kalenderjahre werden zwei Lotterien durchgeführt. Die erste Lotterie wird in der zweiten Hälfte des gegenwärtigen Jahres stattfinden. Der Vertrag ist für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Bedingung, daß der Unternehmer, eine Verlängerung für weitere fünf Jahre zu beanspruchen. Die dem Staate aus dem Lotterienunternehmen fließende erste ersprießliche jährliche Einnahme ist auf 315 000 Mark veranschlagt. Es steigt mit der Ausdehnung des Betriebes. Für die ersten zehn Jahre ist eine Minimaleinnahme von je 277 000 Mark, für die folgenden fünf Jahre eine solche von 321 000 M. garantiert.

## Deutschland.

Berlin, 26. Januar. Zu der Meldung des „Vorwärts“, die Reichstagenwahlen würden wahrscheinlich im Juli stattfinden, bemerkt die „Freie Ztg.“: Daß die Wahlen erst im Juli stattfinden sollen, erscheint uns wenig zutreffend. Der Juli ist für die Wahlen der denkbar ungeeignete Monat. Entweder werden die Wahlen im Mai stattfinden, oder man wird sie wie im Jahre 1881 über den Ablauf der Wahlperiode hinaus bis in den Oktober hinauschieben. Letzteres aber ist sehr unwahrscheinlich.

In der preussischen Armee wird das fünfzigjährige Dienstjubiläum begehrt: Generaloberst der Kavallerie Fürst v. Bismarck, Chef des Kaiserregiments von Seydlitz (magdeburgisches) Nr. 7. zc., am 25. März 1898, während sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feiern wird: General der Infanterie v. Goeke, kommandirender General des 7. Armeekorps, am 1. April 1898. In der bayerischen Armee begehrt das fünfzigjährige Dienstjubiläum: General der Kavallerie Ritter v. Knapler, kommandirender

General des Königlich bayerischen 2. Armeekorps am 21. September 1898. In dem 12. (Königlich-sächsischen) Armeekorps und dem 13. (Königlich-württembergischen) Armeekorps finden Feiern von fünfzigjährigen Dienstjubiläen im Laufe des Jahres 1898 nicht statt.

Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft hatten gegenüber einer Rede, die Adolf Wörmann gelegentlich der Berliner Flottenausdehnung gehalten hatte, eine Erklärung veröffentlicht. Adolf Wörmann setzt sich nunmehr mit den Herren durch eine Erklärung auseinander, die er am Schluß also zusammenfaßt: Es ergibt sich demnach: 1. Daß ich in allererster Linie der Zweck der Verammlung, gegen den Standpunkt der Vertreter der Berliner Kaufmannschaft zu protestiren. Ich kann das auch gar nicht gesagt haben, da ich vorher bereits über den eigentlichen Zweck der Verammlung gesprochen hatte. 2. Daß die Vertreter der Kaufmannschaft in Berlin in ihrer jetzigen Erklärung gegen mich eine ganz andere Stellung eingenommen haben als in der früheren Erklärung vom 14. Dezember. In letzterer wird die Vorlage eine rein politische, nicht wirtschaftliche genannt. Jetzt sagen die Vertreter, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung nicht verkannt haben, aber daß kein politisches Gesichtspunkt derart überwiegen, daß eine Verhandlung u. s. w. 3. Daß nicht auf Veranlassung des Präsidiums des Handelsstages die Verhandlung der Frage unterbrochen war, sondern weil die Hamburger Handelskammer ihren Antrag zurückgezogen hatte. 4. Daß das Präsidium des Deutschen Handelsstages den Standpunkt der Vertreter nicht eingenommen haben kann, da sämtliche drei Mitglieder dem ersten Komitee angehört haben, welches die Kaiserhof-Verammlung einberufen hat. 5. Daß deshalb meine Aeußerung in der Verammlung vom 13. Januar: „Vielleicht wäre es Sache des Handelsstages gewesen, diese Frage in einer Plenarverammlung zur Verhandlung zu bringen“, auch nicht gegen das Präsidium, sondern nur gegen diejenigen gerichtet sein konnte, die dieses verneint haben. 6. Daß ich nicht als Vertreter einer Schwesterkorporation der Vertreter der Berliner Kaufmannschaft, sondern nur für meine eigene Person in der Kaiserhof-Verammlung gesprochen habe. 7. Daß nicht meine Bemerkungen unzutreffend gewesen sind, sondern daß vielmehr fast in jeder Zeile der Erklärung der Berliner Kaufmannschaft gegen mich Unrichtiges enthalten ist. Die Vernehmung zu meinen Aeußerungen werde ich mir allerdings nicht von den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft erbitten; die finde ich in meinem eigenen Pflichtgefühl, im Kampfe für eine der noch meiner Ansicht für die wirtschaftliche und politische Entwicklung unseres Vaterlandes wichtigsten Lebensfragen unumwunden und ohne Rücksicht auf irgend Jemand meine Meinung auszusprechen.

Dem Reichstag ist der am 23. April 1897 in Berlin unterzeichnete Handels- und Handelsvertrag zwischen dem Reich und dem Oranje-Freistaat zugegangen; es ist ein allgemeiner Handelsvertragsvertrag. In einer beigefügten Denkschrift wird bemerkt: Während die Handelsbeziehungen des deutschen Reiches zu der Kapkolonie und der Südafrikanischen Republik vertragmäßig geregelt sind, bestand bisher kein Handelsvertrag zwischen dem Reich und dem Oranje-Freistaat. Als daher im Jahre 1890 der damalige Generalkonsul des Oranje-Freistaats für die Niederlande im Auftrage seiner Regierung den Abschluß eines Handelsvertrags mit dem Reich in Vorschlag brachte, erschien es im deutschen Interesse angezeigt, der Anregung Folge zu geben, um für die Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und dem Freistaat eine vertragsmäßige Grundlage zu schaffen. Die eingeleiteten Verhandlungen führten am 7. April 1897 zur Unterzeichnung eines Handels- und Handelsvertrages. Dieser Vertrag wurde zunächst von der Regierung in Bloemfontein dem Volksrathe des Oranje-Freistaats vorgelegt. Der Volksrat erklärte sich mit dem Abschluß eines solchen Handelsvertrags im Allgemeinen einverstanden, wünschte jedoch — insbesondere mit Rücksicht auf die besonderen Beziehungen des Freistaats zur Südafrikanischen Republik einerseits und zur Kapkolonie andererseits — einige Abänderungen, welche die Fortschritte der Verhandlungen erforderlich machten. Im weiteren Verlauf ist der Vertrag am 23. April v. J. in der jetzt vorliegenden abgeänderten Form von Neuem genehmigt worden. Dieser Vertrag, welcher inzwischen die Zustimmung des freistaatlichen Volksrates bereits gefunden hat, schließt sich dem Vertrag an, den das Reich am 22. Januar 1885 mit der Südafrikanischen Republik abgeschlossen hat.

Die „Aöin. Ztg.“ schreibt: Mit geringer Mehrheit hat die Reichstagskommission einen Antrag angenommen, wonach bei der Verhandlung und Entscheidung über die Verurteilung gegen Urtheile der Gewergerichte die Zivilkammern der Landgerichte mit einem Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter als Beisitzer besetzt sein sollen. Wir stehen dem Beschlusse grundsätzlich nicht abgeneigt gegenüber, da wir der Ansicht sind, daß

eine Mitwirkung von Laien bei der Ausübung der Zivilgerichtsbarkeit nur von Vortheil sein kann. Ob allerdings gerade bei den von den Gewergerichten behandelten Streitigkeiten ein Bedürfnis für die Mitwirkung der Laien in zweiter Instanz vorhanden ist, erscheint zweifelhaft, denn weder sind die Verurteilungen gegen die Urtheile der Gewergerichte überhaupt noch auch die in zweiter Instanz erlassenen Urtheile, die ein gewerbegerichtliches Urtheil aufheben oder abändern, irgendwie häufig der Einführung des Laienelements in die Rechtsprechung der Zivilgerichte ist also keineswegs erheblich; um so größer ist dagegen die grundsätzliche; denn es ist klar, daß dem ersten Schritt der zweiten und der dritte folgen würde und daß dann auch für die Berufung gegen die Urtheile der Kammern für Handelsfachen die Hinzuziehung des Laienelements eintreten würde. Wir würden also in der Aufnahme des Beschlusses einen weiteren Schritt in einer Rechtsentwicklung erblicken, die mit dem Grundsatz der reinen Berufsgerichte gebrochen hat.

Ueber das Nationalfest wird der „Nat.-Sib. Korr.“ geschrieben: Eine Woche ist vorüber, seit im Reichstag der Ausschuss für das deutsche Nationalfest tagte und die Teilnahme hochangesehener Männer aller aus dem vaterländischen Boden stehenden Parteien, Vertreter großer Gemeinden, der verschiedensten Berufsstände, der verschiedensten Verbände für Körperübungen und der obersten Reichs- und Staatsbehörden Zeugnis ablegte, daß es sich dabei auch um erfolgreiche Verbreitungen handelt. Auch darin trat dies zu Tage, daß in den verschiedensten Theilen Deutschlands lebende Gemeinden wie Frankfurt, Leipzig und Mainz sich lebhaft um den Festort bemühten. Und so ist auch die Aufnahme in der Öffentlichkeit gewesen. Fast alle Blätter haben anerkannt, daß dieses Fest, das von fünf zu fünf Jahren wiederkehren soll, die der Volksgesundheit dienenden Leibesübungen im Dienst des Einheitsgedankens zu einem Nationalfest zur Wiedergeburt des Reiches zusammenführt. Von Berliner Organen sind nur drei, nämlich die „Volkszeitung“, die „Freiwillige Zeitung“ und die „Kriegszeitung“, letztere, indem sie den idealen Werth anerkennt, mit einigen Bedenken hervorgetreten. Das ist ein bemerkenswerther Erfolg. Aus den Verhandlungen der drei Tage selbst wird man etwa drei Teile folgern können. Sie haben zu übereinstimmenden Beschlüssen geführt; es sei in der Mehrheit die Ueberzeugung hervorgerufen, daß ein solches Fest weniger günstig in einer großen Stadt abgehalten werden kann; und endlich hat sich gezeigt, daß unter dem höheren vaterländischen Gesichtspunkte die Vertreter des Sports, des Spiels und Turnens zu gemeinsamen und erfolgreichen Beratungen zusammenzutreten können. In der Entwicklung der Leibesübungen in Deutschland ist dies, soweit die offiziell entandenen Vertreter der Verbände in Frage stehen, hier in der That zum ersten Mal geschehen. Freilich folgt jetzt die Arbeit, und schon die Aufgabe, die dem Vorstande zunächst zufällt, nämlich bis zum 15. März die Wahl zwischen Mithrasheim, Kyffhäuser und Goslar zu treffen, wird mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein. In Mithrasheim hat bislang noch die Stadtverordnetenversammlung Bedenken getragen, die nicht unerheblichen Grundverwerbskosten zu übernehmen; dem Kyffhäuser-Projekt steht der Einspruch des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, als des Hauptbesizers des Grund und Bodens, entgegen, auch wäre hier eine kostspielige künstliche Wasserbahn zu schaffen; und in Goslar liegt das letztere Erfordernis gleichmäßig vor, und ein Theil der Besitzer fordert jetzt das 6- bis 10fache des eigentlichen Werthes ihres Grund und Bodens. Es ist notwendig, diese Schwierigkeiten der Öffentlichkeit gegenüber von vornherein zu betonen. Sie zu beseitigen, ist Sache der Interessenten. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Aufbringung der erforderlichen Mittel. Während sie in hohem Maße für die Vorbereitung vorhanden sind, sollen die für die Ausführung notwendigen Mittel im Wesentlichen dadurch beschafft werden, daß diejenigen Kreise, welche ein Interesse an dem Zustandekommen haben, in dem gleichen Grade zur Weiterführung herangezogen werden, als sie für die Ideen des Nationalfestes geneigt sind. Auch ist auf einzelne von nationaler Begeisterung getragene wohlhabende Mitbürger gerechnet. Zweifellos trifft dies gegenwärtig schon bei denen zu, die ein unmittelbares Interesse an dem zu wählenden Festort haben. Es ist daher die Anregung gegeben, daß in dem von der Niederwald, Kyffhäuser und Goslar sich gruppierenden Interessengruppen zunächst einmal Eventuell-Zeichnungen gemacht werden. Um den Kyffhäuser herum ist dies schon seit Monaten mit sehr großem Erfolge eingeleitet worden. Alle diese äußeren Schwierigkeiten treffen aber nicht den inneren Werth der Festzwecke, und sie werden, wie zu hoffen ist, auf dem einen oder dem anderen Wege zu überwinden sein.

Obgleich die Hirtenbriefe des Kardinalbischofs von Breslau und des Erzbischofs Stalinski von Posen-Ostpreußen über die gemachten Ehen nach Maßgabe der jetzigen Widersprüche stehen. Denn das bisherige Landrecht und das neue Reichsrecht stimmen darin überein, daß sie die Eheverhältnisse nur in Ermangelung einer rechtsgültigen Regelung rechtlich bestimmen wollen. Die Aufnahme des Artikel 171 wird nach einer Richtung hin in Artikel 172 noch überholt. Denn es heißt hier: „Wird eine Sache, die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches vermietet war, nach dieser Zeit veräußert oder mit einm Rechte belastet, so hat der Miether dem Erwerber der Sache oder des Rechtes gegenüber die im Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Rechte. Weiter gehende Rechte des Miethers, die sich aus den bisherigen Gesetzen ergeben, bleiben unberührt, unbeschadet der Vorschrift des Artikel 171.“ Zu dieser Bestimmung ist Folgendes zu bemerken: Die Rechtsstellung des Miethers gegenüber einem Dritten, an den der Vermieter die Sache veräußert, ist in den geltenden Rechten verschieden geregelt. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat bei der Miethen von Grundstücken, Wohnräumen und sonstigen Räumen, soweit sie zur Zeit der Veräußerung des Grundstücks bereits dem Miether überlassen waren, den Grundlag:

Ververtretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Baerlein & Vogler, E. L. Danneberg, Invalidenbank, Berlin, Berlin, Arndt, War Gerhardt, Gerberich B. Thienens, Greifswald E. Jüles, Halle a. S. Jul. Barts & Co. Hamburg Joh. Wothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Hamburg, 25. Januar. Auf Einladung der Ortsgruppe Hamburg des alldeutschen Verbandes fand gestern Abend im Konzerthause eine Verammlung statt, an welcher etwa 2000 Personen theilnahmen, darunter der Bürgermeister Dr. Verbmann, mehrere Senatoren und gegen 100 Offiziere, darunter Graf v. Waldersee und der Kommandant von Altona, Generalleutnant Frhr. von Scheinib, sowie viele andere hervorragende Persönlichkeiten. Der Vorsitzende v. Anshelm-Müller erteilte dem Komte-Admiral Werner das Wort zu einem Vortrage über die Flottenfrage. Neben wurde sich insbesondere gegen das Wort: „Deutschland brauche keine Paradeschiffe“; damit meine man die kaiserliche „Hohenzollern“. Aber selbst diese sei so gebaut, daß sie im Ernstfalle jederzeit in ein brauchbares Kriegsschiff umzuwandeln sei. Schließlich forderte der Redner dazu auf, daß Jeder in seinem Kreise für die Bewilligung der in der Vorlage geforderten Summen wirke; durch die Ausgabe der 400 Millionen könnten Milliarden erpart werden. Der Vorsitzende sprach dem Redner seinen Dank aus und schloß die Verammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

## Frankreich.

Paris, 25. Januar. Deputiertenkammer. Fortsetzung. Die Beratung des Heeresbudgets erfolgt unter größter Ruhe des Hauses. In Erwiderung auf die Erklärungen mehrerer Redner führt Kriegsminister Billot aus, er sei durchaus ein Gegner der zweijährigen Dienstzeit; die dreijährige Dienstzeit sei das notwendige Minimum zur Heranbildung von Unteroffizieren. Zum Schluß seiner Rede gedachte Billot rühmend der ganzen Armee, welche dem Gesetze ergeben sei und außerhalb der Parteizwistigkeiten stehe. Die Deputiertenkammer nahm trotz des Einspruches des Kriegsministers Billot mit 234 gegen 208 Stimmen einen Antrag Berry an, nach welchem eine Erinnerungsmedaille an den Krieg 1870-71 gestiftet werden soll.

## Italien.

Aus einer Reihe italienischer Provinzen haben die Präfekten Berichte an das Ministerium des Innern in Rom gegeben, aus denen erhellt, daß durch die hohen Brodpreise und die Arbeitslosigkeit ein Nothstand hervorgerufen worden ist. Als bankrottwerthe Maßregel der Regierung darf jedenfalls die Verabreichung der Getreidebölle um 2½ Lire bezeichnet werden, eine Maßregel, die allerdings unter den Agrariern der italienischen Deputiertenkammer nach einem römischen Telegramme des „Temps“ Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Es zeigte sich aber von Neuem, wie gefährlich höhere Getreidebölle sich nach minderen guten Ernten erweisen. Rahmen doch die Unruhen in den Marken sowie in der benachbarten Romagna und in Toscana bereits einen bedenklichen Charakter an, und die Regierung war nur beifallen, der Ausdehnung dieser Unruhestörungen vorzubeugen, indem sie die Getreidebölle herabsetzte. Allerdings wird das vom Schatzminister Luzzatti seinem finanziellen Egoße zu Grunde gelegte Budget nunmehr eine Veränderung erfahren müssen. Da in diesem aber nicht bloß das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben festgestellt war, sondern sogar ein Ueberschuß von etwa zwölf Millionen Lire berechnet wurde, sollen auch Ermäßigungen der Grundsteuer für die ärmeren ländliche Bevölkerung stattfinden. Der Schatzminister Luzzatti hatte bereits in seinem Finanzegpoße eine derartige Reform angekündigt, und der Deputiertenkammer soll nunmehr ein bezüglicher Gesetzentwurf zugehen. Man darf aber darauf gespannt sein, ob die ultraradikalen Mitglieder des Rabinets Rubini auch in Bezug auf diesen Entwurf Opposition machen werden.

Rom, 25. Januar. In Gallipoli brach die Volksmenge die Bürgeressource in Brand und

## Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Der Einfluß des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches auf die vor Geltung desselben eingegangenen Miethverhältnisse. Was wird aus den unter der Herrschaft des bisherigen Rechts eingegangenen Miethverhältnissen, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Reich in Kraft tritt? Die „Deutsche Danneberg-Ztg.“ antwortet darauf: Es ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, daß Schuldverhältnisse aus Rechtsgründen nach dem zur Zeit ihrer Eingehung geltenden Rechte zu beurtheilen sind. Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche theilt diesen Standpunkt; denn Artikel 170 schreibt vor: „Für ein Schuldverhältnis, das vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches entstanden ist, bleiben die bisherigen Gesetze maßgebend.“ Hiernach wird also der Bestand eines vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches eingegangenen Miethverhältnisses durch dieses Inkrafttreten in keiner Weise gefährdet. Insbesondere ist gleich

anderen Voraussetzungen der Gültigkeit, das Erforderniß der Form nach dem früheren Rechte zu beurtheilen. An sich würde auch das zur Zeit der Eingehung des Miethverhältnisses geltende Recht für den gesamten Inhalt desselben maßgebend bleiben. Allein Artikel 171 des Einführungsgesetzes trifft folgende Ausnahmebestimmung: „Ein zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches bestehendes Miethverhältnis bestimmt sich, wenn nicht die Kündigung nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches für den ersten Termin erfolgt, für den sie nach den bisherigen Gesetzen zulässig ist, von diesem Termine an nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.“ Es wird nicht leicht weg gefagt: mit dem Tage, wo das Bürgerliche Gesetzbuch Geltung verlangt, ist der Inhalt des Miethverhältnisses nach dem neuen Reichsrechte zu beurtheilen. Es wird vielmehr das Miethverhältnis, was seinen Inhalt anlangt, dem neuen Reichsrechte erst unterstellt von dem nächsten Termine ab, für welchen gekündigt werden konnte. Verhag der einen oder der andern Partei der Inhalt des Miethverhältnisses, wie er sich nach dem Reichsrechte abweichend vom bisherigen Rechte

gestaltet, nicht, so ist ihr unbenommen, das Verhältniß anzufügen. Sie muß aber die erste Möglichkeit hierzu, welche ihr das bisherige Recht bietet, benutzen, thut sie es nicht, so wird es so angehen, als ob sie mit den Änderungen, welche das Reichsrecht herbeiführt, einverstanden sei. Der Termin, für welchen gekündigt wird, ist nicht zu verwechseln mit dem Termine, an welchem gekündigt wird; man kann erstere den Beendigungstermin, letzteren den Kündigungs-termin nennen, zwischen beiden liegt die Kündigungsfrist. Unter der „nach den bisherigen Gesetzen zulässigen“ Kündigung ist nicht notwendig eine unter Einhaltung der gesetzlichen Frist bewirkte Kündigung zu verstehen; haben die Parteien in zulässiger Abweichung vom Gesetze eine besondere Kündigungsfrist vereinbart, so ist letztere maßgebend. Die Ausnahmevorschrift des Artikels 171 ist von besonderer Bedeutung, weil das Miethverhältnis unmittelbar auf dem Gesetze, nicht auf besonderen Parteibestimmungen (Verträgen) beruht. Ist letzteres der Fall, so bleiben die Parteibestimmungen beim Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches in Kraft, sie müssen denn, was nicht leicht der Fall sein dürfte, mit zwingenden Vorschriften des Reichsrechts im

Widerspruche stehen. Denn das bisherige Landrecht und das neue Reichsrecht stimmen darin überein, daß sie die Eheverhältnisse nur in Ermangelung einer rechtsgültigen Regelung rechtlich bestimmen wollen. Die Aufnahme des Artikel 171 wird nach einer Richtung hin in Artikel 172 noch überholt. Denn es heißt hier: „Wird eine Sache, die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches vermietet war, nach dieser Zeit veräußert oder mit einm Rechte belastet, so hat der Miether dem Erwerber der Sache oder des Rechtes gegenüber die im Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Rechte. Weiter gehende Rechte des Miethers, die sich aus den bisherigen Gesetzen ergeben, bleiben unberührt, unbeschadet der Vorschrift des Artikel 171.“ Zu dieser Bestimmung ist Folgendes zu bemerken: Die Rechtsstellung des Miethers gegenüber einem Dritten, an den der Vermieter die Sache veräußert, ist in den geltenden Rechten verschieden geregelt. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat bei der Miethen von Grundstücken, Wohnräumen und sonstigen Räumen, soweit sie zur Zeit der Veräußerung des Grundstücks bereits dem Miether überlassen waren, den Grundlag:

„Kauf bricht nicht Mieth“ zur Anerkennung gebracht. Dieser Grundsatz hat zur Folge, daß der Erwerber an Stelle des Vermiethers in alle während der Dauer seines Eigentums aus dem Miethverhältnisse sich ergebenden Verpflichtungen und Rechte eintritt. Artikel 172 schreibt nur vor, daß der Grundlag „Kauf bricht nicht Mieth“ in der angegebenen Tragweite, gleichviel ob er nach dem bisher geltenden Rechte maßgebend ist, auch für die Miethverhältnisse gelten soll, die unter der Herrschaft des alten Rechts abgeschlossen worden sind, und zwar — in Abweichung von Artikel 171 — schließlich vom Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches an. Gekündigt dagegen das bisherige Recht dem Grundlag „Kauf bricht nicht Mieth“ über die vom Bürgerlichen Gesetzbuche gezogenen Grenzen hinaus, z. B. auch dann, wenn die Räume zur Zeit der Veräußerung des Grundstücks dem Miether noch nicht überlassen waren, so verbleibt es für die ganze Dauer des Miethverhältnisses bei diesem weitergehenden Rechte des Miethers, wenn der Vermieter nicht gemäß Artikel 171 für den ersten zulässigen Termin kündigt.



verfügte weiteren schweren Aufzug. Militär aus Lecce stellte die Ordnung wieder her. Auch in Reggio, Emilia, Ascoli und anderen Orten herrschte Unruhe. Die Infanterie der 1. Division, welche 1874, zusammen etwa 60.000 Mann, wurde aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu den Waffen gerufen.

#### England.

**London, 25. Januar.** Das Meistliche Bureau meldet aus Peking unter dem 24.: Eine weitere Konferenz fand in der Antieisfrage heute statt. Der russische Gesandte war Vormittags im Tsungli-Yamen empfangen worden, der britische Gesandte Nachmittags. Man glaubt, daß der britische Gesandte auf der Eröffnung Taienwons als Vertretungshafen bestehen werde, und daß dies der Punkt sei, in welchem die britische Regierung nicht zurücktreten könne. Der Abbruch der Antieis mit Großbritannien oder mit Rußland hänge jetzt davon ab, welches Land den größten Druck ausübe. Wenn Großbritannien es auf sich nehme, China gegen die Folgen der russischen Mißthimmung in Schuß zu nehmen, so glaubt man, daß die Antieis gemäß den Bedingungen des britischen Gesandten zum Abbruch kommen wird. Die Schwierigkeiten mit Deutschland sind endgültig gelöst. Der deutsche Gesandte erhielt, als er auf seinem Verlangen bestand, die Versicherung, daß Rußland von der deutschen Regierung auf 99 Jahre pachtweise überlassen werde.

„Daily Telegraph“ wie „Daily News“, das Hauptorgan der Opposition, begrüßen die Nachricht, daß Rußland dem Weltmarkt offen bleiben solle, besonders auch die Anzeigen des Staatssekretärs von Witow mit herzlicher Befriedigung. „Wenn das so ist“, sagt das letztgenannte Blatt, „so liegt, wie wir wiederholt bemerkt haben, keinerlei Grund vor, warum Deutschlands Unternehmen in China hinfällig werden sollte. Deutschland hat der wirtschaftlichen Situation einen entscheidenden Dienst geleistet dadurch, daß es gegen die Annahme christlicher Missionare die gewappnete Faust anwandelte, und wenn es aus Rußland ein deutsches Hongkong macht, wird es dem Weltmarkt eine große Wohltat erweisen. Im übrigen tritt „Daily News“ im Gegensatz zu einigen Organen des linken Flügels der Opposition fest, daß die Notwendigkeit ein, daß England die allgemeine Handelsfreiheit Chinas gegen jede Beschränkung verteidige. Die Annahme einer Verständigung zwischen den Vertretern der Regierung und den Führern der Opposition erhält dadurch eine weitere Befestigung.

#### Amerika.

Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß die kubanische Frage über Nacht einen anderen Charakter annimmt und ein Wechsel in der Haltung der Vereinigten Staaten eintritt. Zu der Nachricht von der Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes nach Sabana kommt heute eine zweite Meldung, die zum Mindesten keinen beruhigenden Charakter trägt. Der „Newport World“ wird aus Washington gemeldet, daß dort am Montag Abend unter Vorherrschaft des Präsidenten McKinley ein Kabinettsrat stattgefunden habe, der durch wichtige, vom amerikanischen Generalkonsul Lee aus Sabana eingetroffene Depeschen veranlaßt worden sei.

#### Arbeiterbewegung.

**Berlin, 26. Januar.** Ein allgemeiner Schuttmacherausschuss ist gestern in einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung im Schönebergpark beschlossen worden, weil die von den Arbeitern beantragten Abänderungen der revidierten Fabrikordnung von den Fabrikanten aus Rücksicht nicht bewilligt wurden. Nach langer Erörterung beschloß die Versammlung, über die freitägige Angelegenheit in Verhandlungen vor dem Gewerbegericht einzutreten, gleichzeitig aber auch heute früh die Arbeit in allen Fabriken einzustellen, und zwar vorläufig so lange, bis die Einigungsversuche beendet sind.

#### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 26. Januar.** Um dem reisenden Publikum im Falle der Noth den Übergang von Wagen zu Wagen zu ermöglichen, fordert der Minister der öffentlichen Arbeiten die künftigen Eisenbahndirektionen, in deren Bezirk Personenwagen mit umbauten Plattformen vorhanden sind, auf sich binnen drei Wochen darüber zu äußern, ob es sich empfehlen würde, die nach den Übergangsbrücken der Wagen führenden Thüren der Vordächer neben den Vorderschüssen mit Thürdrückern auszurüsten, so daß die Thüren von innen und außen durch die Reisenden geöffnet werden können. Die Neueinrichtung wäre natürlich so zu treffen, daß eine mißbräuchliche oder gefährdende Benutzung derartiger Durchgänge ausgeschlossen ist. Gestern Abend gegen 10 1/2 Uhr erschien auf der Sanitätsstraße der Schiedsrichter Abraham. Ein Krankenwagen zu requirieren. A. hatte Stühnwagen an der linken Hand und am linken Dorsum, ferner eine Stühnwagen am Kopf aufzuweisen, er gab an, eine Banke halbwegsiger Dürchen habe in den Anlagen vor dem Königschor ihn und den Restaurateur Koppel überfallen. A. sei so schwer mißhandelt worden, daß er auf dem Platz liegen blieb. Als die Samariter mit dem Krankenwagen am Orte der That erschienen, war der Restaurateur bereits in das Wohnhaus der nicht ihr weit entfernten Stadthaus geflohen worden, dort wurde dem Verletzten ein Nothverband angelegt und er Johann in die Wohnung, Frauenthr. 11, überführt. Der Zustand des K. ist nicht ganz unbedenklich, obwohl direkte Lebensgefahr nicht besteht, er hat nicht weniger als acht Wundstellen am Kopf erhalten, ferner zeigt der rechte Oberarm drei Schwunden und die linke Hand ist durch Schnittwunden verletzt. Vermuthlich handelt es sich hier wieder einmal um einen von Zufällern verübten Diebstahl.

\* Der Zweigverein Stettin des Bundes des deutschen Militär-Anwärter und Invaliden beging gestern Abend bei überaus zahlreicher Beteiligung die Kaisergeburtstagesfeier in der Wandorfer Kolkerei. Die Festrede hielt Herr St. Grapenhorst. Er sprach von der Bedeutung der Kaisergeburtstagesfeier als nationales Volksfest im edelsten Sinne. Alle wahren Patrioten vereinigten sich bei solchem Anlaß, um dem verdienten Herrscher den schuldigen Tribut der Dankbarkeit darzubringen und erneut das Gedächtnis unwandelbarer Treue abzugeben. Die gänzlich unanständige Klänge in einem „Hurrah“ auf Se. Majestät den Kaiser aus, das in der großen Festversammlung begeisterten Wiederhall fand. Durch Gefangens- und Instrumentalvorträge war für Unterhaltung trefflich gesorgt, den lebhaftesten Beifall fand jedoch ein zum Schluß arrangirter „Waffenanzug“. Unter Führung eines „Mottomeisters“ zogen 16 schmale, mit Spießen wohlbedeckte

Bandschneide in den Saal, um allda ihre Kunst im Reigenführen zu erweisen. Das Ganze war mit Fleiß einstudirt und ging dementprechend flott von Statten, einzelne besonders hübsche Gruppierungen legten ebensoviele von dem Eifer der Mitwirkenden, wie von dem Gesicht des Leiters Zeugnis ab. Der „Waffenanzug“ leitete zugleich in zwanglosem Weise den nichtoffiziellen Theil des Festes ein, denn da dasselbe diesmal mit Damen gefeiert wurde, so erschien ein Ball als unerlässliche Zugabe.

\* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: steile 1,40, Filet 2,00, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Koteletts 1,50, Schinken 1,30, Bauch 1,10 Mark; Kalbfleisch: Koteletts 1,30, steile 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Koteletts 1,50, steile 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 2,00 Mark pro Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

— Die Antieiszeichnung „Eisenbahn-Vetriebs-Genieur“ ist, wie nach der „Post“ der Minister der öffentlichen Arbeiten dem Verein deutscher Ingenieure auf seine Anfrage erwidert hat, zum 1. Januar d. J. 188 mittlern technischen Beamten der Staatsbahnenverwaltung verliehen worden. Die Erwartung des Vereins, es werde die Bezeichnung Ingenieur nicht an Staatsbeamte mit mittlerer technischer Ausbildung verliehen werden, hat sich also nicht erfüllt.

— Herr Direktor J. Neumann gastirt seit einigen Tagen mit großem künstlerischen und materiellem Erfolge in Bochum und Dortmund; die dortige Kritik ist des Lobes voll über die vollendeten Leistungen, welche Herr Direktor Neumann in „Kean“, „Graf Egger“ und „Ariel“ geboten.

— Die am Donnerstags-Nachmittag aus Anlaß der Kaisergeburtstagesfeier im Bellevedere stattfindende Aufführung von „Kaiser Heinrich“ geschieht bei hohen Preisen und dürfte dies besonders für unsere Jugend eine günstige Gelegenheit sein, das vaterländische Schauspiel kennen zu lernen.

— Der Komitee für Fernkolonien und Speisung armer Schulkinder der westfälischen Provinz hat in einem Aufruf an die Bewohner Stettins, in dem es um Unterstützung seiner Bestrebungen bittet, damit es möglich ist, auch in diesem Jahre die ärmsten Kinder unserer Volksschulen während der noch bevorstehenden Wintermonate mit einem warmen Mittagessen zu versorgen.

\* Der Schlafkellendieb, über dessen Ausstreichen wir schon berichteten, hat auch einen Saunierstraße 8 wohnhaften Postkassenerklebten. Der Mensch erschien dort als Maiergehilfe, blieb zwei Tage in der Schlafkelle und verschwand sodann unter Mitnahme einer silbernen Taschenuhr.

#### Aus den Provinzen.

— h. Kölln, 25. Januar. Obwohl überall abnorme warme Witterung konstatirt wird, ist in der Sonntagsnacht auf der Ostsee zu Kölln die Witterung fest aus den Neuwogen eskroren. Die Bemerkung stand im 50. Lebensjahre. — Ueber das Vermögen der Pugs- und Weizmaarenhändler A. V. Nothe hier selbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist: 10. März.

#### Die reichsten Leute in Preußen.

Aus der dem Landtage zugegangenen Zusammenstellung der Ergebnisse der preussischen Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1897 ist 1898 ist über die reichsten Leute in Preußen folgendes ersichtlich: Mit dem größten Vermögen (wie im vorigen Jahre 215 Millionen) ist wieder ein Nothschid in Frankfurt a. M. zur Ergänzungsteuer herangezogen. Dann folgt Krupp mit 128 Millionen Mark. Sein Vermögen ist in Jahresfrist um 7 Millionen gewachsen. Es war 1896/97 mit 121 Millionen und im Jahre vorher mit 118 Millionen zur Ergänzungsteuer veranlagt. Nothschid veranlagte 1895/96 203 Millionen Vermögen. Sein Einkommen berechnet für 1897/98 Krupp um 2 Millionen höher als Nothschid, wie sich aus der Veranlagung zur Einkommensteuer ergibt. Nothschid hat schon seit drei Jahren ein Einkommen von über 6 bis 7 Millionen Mark. Krupps Geschäft aber florirt so, daß er, der im Jahre vorher über 7—8 Millionen Einkommen verzeichnete, jetzt seine Einkünfte auf über 8—9 Millionen berechnet. In erheblichem Abstände folgen auf die beiden Nobels ein gewisser Schleier; ein Breslauer Landbesitzer mit einem Vermögen von 85 Millionen (im Vorjahre 83 Millionen) und ein Oppelner Landbesitzer mit 64 Millionen (im Vorjahre 61 Millionen) Vermögen. Während aber der reichste Breslauer Landbesitzer wie im Vorjahre sein Einkommen mit 2—3 Millionen angiebt, berechnet der reichste Landmann im Regierungsbezirk Oppeln sein Einkommen seit dem Vorjahre um eine Million höher: im Vorjahre 2—3, jetzt 3—4 Millionen Mark. Ein anderer Oppelner Landbesitzer, der sein Einkommen ebenfalls mit 2—3 Millionen angiebt, bewertet sein Vermögen auf 59 Millionen (2 Millionen mehr als im Vorjahre). Der reichste Magdeburger Landbesitzer war im Vorjahre mit 33 Millionen Vermögen zur Ergänzungsteuer herangezogen, für 1897/98 mit nur 26 Millionen. Ihn hat jetzt der reichste Städter im Regierungsbezirk Münster überflügelt, der im Vorjahre 29, 1897/98 aber 32 Millionen Mark Vermögen verzeichnet. Ein Vermögen von 27 Millionen Mark erfreuen sich ein Kasseler und ein Bewohner des Regierungsbezirks Trier (Stumm?), jener rechnet mit einer, dieser mit 2 Millionen mehr als im Vorjahre, beide aber gleichmäßig mit einem Einkommen „über 2—3 Millionen Mark“. Ein Einkommen von über 1 bis 2 Millionen verzeichnen 28 Personen, 8 mehr als im Vorjahre. Unter ihnen auch zwölf Berliner. Ein Vermögen von über 20 Millionen Mark verzeichnen 6 Berliner (im Vorjahre 5), darunter je einer mit 25, mit 26 und 28, der reichste mit 29 Millionen. Im Vorjahre schätzte der Mann an der Spitze der Berliner Millionäre sein Vermögen nur auf 26 Millionen; der zweite auf 25, der dritte auf 24, der vierte auf 22 Millionen. Im Ganzen sind mit über einer Million Mark Vermögen in Berlin 1227 Personen zur Ergänzungsteuer veranlagt, gegen 1178 im Vorjahre. Vor zwei Jahren gab es noch einen Berliner, der über zwei Millionen Einkommen hatte; für 1897 bis 98 verzeichnen 12 Personen (drei mehr als im Vorjahre) in Berlin ein Einkommen von 1—2 Millionen Mark, ferner 5 (zwei mehr als im Vorjahre) 900.000 Mark, bis 1 Million, 3 (ebenso viel wie im Vorjahre) 8 bis 900.000 Mark, 5 (gegen 6 im Vorjahre) 7 bis 800.000 Mark, 8 (gegen 7 im Vorjahre) 6 bis 700.000 Mark und 8 (3 weniger als im Vorjahre) 5 bis 600.000 Mark. Ein Einkommen von über 125.000 Mark haben nach der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1897/98 in Berlin 443 Personen, 121 mehr als im Vorjahre.

#### Kunst und Wissenschaft.

**Magdeburg, 25. Januar.** Die Nacht des hiesigen Stadttheaters durch Herrn Direktor Gabisius läuft bekanntlich mit April 1. J. ab. In unrichtigen Kreisen will man wissen, daß das gegebene Nachbetrug mit Herrn Gabisius ohne zutreffende Ausschreibung eines Wettbewerbes zu erneuern.

**Breslau, 24. Januar.** Zur Feier des 100. Geburtstages Holsteins hatte die Breslauer Promenadenverwaltung das Denkmal des Dichters auf der Holsteihöhe in prächtiger Weise geschmückt. Aus einem Kranz herrlicher Hyacinthen, Maiblumen, Tulpen erhob sich zwischen flühenden Firschen, blühendem Flieder, gelben Forsythien, blühendem Goldregen, prächtigen Magnolien u. A. das Postament, von dem des Dichters Antlitz betabschaut. Als wirksamem Hintergrund in sattem, dunklem Grün wählte man Firschen der heimischen Berge und den Edelroder des Südens.

**Petersburg, 25. Januar.** Die letzte hier eingetroffene „Lektionskija Wjedomosti“ meldet das Eintreffen der nach Turkestan, Kaschgar und Tibet entandenen deutschen wissenschaftlichen Expedition der Doktoren Fütterer und Goldberger. (Dr. Goldberger und Professor Dr. Fütterer, beide aus Karlsruhe, verließen Deutschland Ende November, um eine Reise über Kaschgar durch Innerasien nach Peking auszuführen. Dr. Fütterer ist Geolog. Die Expedition geschieht auf Privatkosten.)

#### Gerichts-Zeitung.

**Philippopol, 25. Januar.** Prozeß Voitschew. Um 5 Uhr Nachmittags wurde vor überfülltem Saale das Urtheil verkündet. Voitschew und Nobiles sind zum Tode verurtheilt, Nikola freigesprochen. Die Verurtheilten nahmen das Urtheil lautlos entgegen. Heute ist gerade der erste Jahrestag der Hochzeit Voitschews.

#### Schiffsnachrichten.

**Elbing, 25. Januar.** Der Schooner „Bajada“, mit Eisenhüllen nach Danemark unterwegs, ist in Folge eines Sturmes auf der Höhe von Boholag gescheitert. Drei Mann von der Besatzung sind ertrunken. Der Kapitän und der Steward wurden gerettet.

**Frankfurt a. M., 26. Januar.** Der „Frankfr. Ztg.“ wird aus Newyork gemeldet, das Dampfschiff „Tillie“ ist mit seinem großen Kriegsmaterial gescheitert.

#### Bankwesen.

**Westfälische Hypothekbank zu Neustadt und Berlin.** In der am 25. Januar er. abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsraths wurde der Abschluß pro 1897 vorgelegt und genehmigt. Die Weiterentwicklung der Bank ist als eine sehr erfreuliche zu bezeichnen. Es haben auf Dezember 1897 betragen: die Anlage im Hypothekengeschäft 23.985.948 Mk. (1896: 9.099.764 Mk.), der Pfandbrief-Aufbau 22.270.300 Mk. (1896: 5.387.800 Mk.), die Summe der Depositionen 2.208.577 Mk. (1896: 544.394 Mk.). Das erzielte Netto-Pfandbrief-Agio von 316.307 Mk. ist vornehmlich durch den Verkauf von Aktien, während der Rest von 207.173 Mk. auf das Bankgebäude zu Neustadt zugeschrieben ist. Aus dem Netto-Gewinn von 540.467 Mk. ergaben 7 Proz. Dividende (1896 ebenfalls 7 Proz. pro rata temporis) zur Verteilung; nach Absetzung der statutenmäßigen Entnahmen und Vergütung an die Landesregierung, sowie nach Abrechnung der Pfandbrief-Aufwertigungs- und Stempelkosten soll auf das Bankgebäude ein weiterer Betrag von 31.843 Mk. — zusammen also 239.022 Mk. — zur Abschreibung gelangen. Der auf den 2. März er. einzuberufende General-Versammlung soll neben Erledigung der Regularien die Erhöhung des Grundkapitals zur Beschaffung vorgelegt werden. Dasselbe beträgt 3. 6 Millionen Mark. Der Kassenfonds hat seine statutenmäßige Maximalhöhe von 600.000 Mk. bereits erreicht.

#### Bermischte Nachrichten.

**Köln, 25. Januar.** Amtlich wird gemeldet: Heute früh 9 Uhr 30 Min. stieß der Güterzug Nr. 957 (Niederlahnkreis-Speldorf) in Folge Ueberfahrt des auf „Datt“ stehenden Einfahrtsignals auf Bahnhofs-Höhlungen auf eine Rangirung der Güterzüge Nr. 905. Ein Lokomotivbesitzer vom Zuge Nr. 957 wurde getödtet, ein Lokomotivbesitzer und ein Breiter desselben Zuges schwer verletzt. Zwei Lokomotiven und zwei Padwagen des Güterzuges Nr. 957 entgleisten und wurden erheblich beschädigt. Außerdem wurden von beiden Güterzügen fünf Güterwagen erheblich und sechs unerschwerlich beschädigt. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Der einseitige Betrieb wurde 4 Uhr 30 Minuten Nachmittags wieder aufgenommen. Die Aufnahme des vollen Betriebes wird voraussichtlich gegen Abend erfolgen. Der D-Zug Nr. 116 wurde linksrheinisch über Koblenz (Mosel) geleitet.

**Pest, 25. Januar.** Aus Reschija wird telegraphirt: Zu derselben Grube der Bergwerke der Oesterreichisch-ungarischen Staatsbahngesellschaft, in welcher am 18. Dezember 1896 in Folge einer Explosion schlagender Wetter 70 Bergleute ein Opfer ihres Berufes wurden, im Gegenzug Schachte, ereignete sich Nachts zwischen 10 und 12 Uhr in der sechsten Tiefe ein neues gleiches Unglück. Bis zur Stunde sind sechs Tödtet und mehrere Verwundete geborgen. Man nimmt an, daß die Zahl der Vermissten damit erschöpft sei. Weitere Gefahr ist nicht vorhanden, da die Grube nicht brennt.

— Des „Bachschens Traum“, des jungen Mädchen Sehnens ist der erste voll. Im guten Mittelstande ist wohl der erste Fall wirklich eine rechte Lust, — ob auch bei Dofe, das ist recht fraglich, denn Dame Ciquette „verbannt“ die Freude gewaltig. Auf die alsbald majestätisch werdende Königin Wilhelmina der Niederlande, die zum ersten Male einige Hundert Liebesriten des Landes vorgeführt erhielt und dann die Boimaise mit ihrem hochgeachteten ersten Liebesriten anliebe, weil es so die Etiquette verlangt, „anzug“ konnte, machte vielleicht der Hofball nicht den gewaltigen Eindruck, wie bei einer Schönen von 16 bis 18 Jahren aus der besseren Bürgerwelt. Die 16jährige Erzherzogin Elisabeth von Oesterreich, des Kronprinzen Rudolf hinterlassene Tochter, durfte sich erstmals einen Hof-Ball ansehen. Nicht zur Successen berufen, hat sie die ersten Ballreihen trotz dem wohl besser genossen, als Niederländens Königin. Im nächsten Jahre wird Erzherzogin Elisabeth mittanzgen dürfen.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin, 26. Januar.** Wetter: Bedeckt. Temperatur + 1 Grad Reaumur. Barometer 773 Millimeter. Wind: SEB. Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loco 70er 39,50—39,40—39,30 bez.

#### Landmarkt.

Weizen 178—182. Roggen 135—137. Gerste 142—148. Hafer 133 bis 140. Den 250—300. Stroh 32—35. Kartoffeln 42—46 pro 24 Str.

**Berlin, 26. Januar.** In Getreide z. fanden keine Notirungen statt. Spiritus loco 70er amtlich 40,20, loco 50er amtlich 59,50.

**London, 26. Januar.** Wetter: Schön.

**Berlin, 26. Januar.** Schluss-Kurse

Berlin 26. Januar. Schluss-Kourse.			
Preuss. Anleihe 4%	103,4	Russen kurz	—
do. do 3 1/2%	103,50	London lang	—
do. do 3%	97,80	Amsterdam kurz	—
Deutsche Reichsbank 3%	97,80	Paris kurz	—
Bömm. Pfandbriefe 3 1/2%	101,20	Belgien kurz	—
do. do 3%	92,50	Berliner Dampfmaschinen	117,75
do. Pfandb.-Bf. 3%	92,50	Elekt. Maschinen-Kompagni	98,75
do. Pfandb.-Bf. 3 1/2%	92,50	(Ettin)	—
Centralbank 3 1/2 Bdr. 3 1/2%	100,75	„Nalon“, Fabrik am	—
do. do 3%	92,50	Produkte	124,75
Kaisersb. Rente	—	Bayer. Papierfabr.	156,75
do. 3 1/2% Pfandb.-Bf. 3%	108,80	Elekt. Maschinen-Kompagni	157,75
agrar. Goldrente	58,50	„Rheinb.-Werke“	186,75
Rumän. 1881er am. Rentel. 10%	—	4% Hamb. Hyp.-Bank	100,75
Erschld. 4% über Rente 63,50	—	do. 1800 un. —	100,75
Erzgeb. 4% Goldr. v. 1890 25,50	—	3 1/2% Hamb. Hyp.-Bank	98,75
do. 1890. Rente 93,80	—	do. 1890 —	98,75
Magdeburg 4% Goldrente 93,50	—	Ett. Stabtanke 3 1/2%	—
Oesterr. Danfnoten	170,10	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—	—
Öst. Pfandnoten 216,75	—	—</	